

In Genf haben es die Bäume am schönsten

Ein Fünftel der Fläche der Stadt Genf ist von öffentlichen Parks überzogen, und dieser Anteil wird immer grösser. Erst kürzlich bekam sie wieder eine grosse Grünfläche geschenkt - das kostet, wird aber wegen dem Klimawandel ein grosser Vorteil sein.

Janine Hosp
Genf

Er schiebt eine Hand unter die zierliche Blüte, ganz behutsam, und sagt: «C'est magnifique!» Er sagt es andächtig, fast ungläubig. So, als hätte er den spanischen Grenadinestrauch gerade entdeckt und könnte nicht glauben, dass er hier in Genf gedeiht. Dabei sieht er ihn jeden Tag, wenn er an seinen Arbeitsplatz ankommt, seit 30 Jahren. Noch vor fünf Minuten war Luc-Eric Revilliod ganz der stellvertretende Direktor des Service des Espaces Verts der Stadt Genf, der in Anzug und weissem Hemd über Aufgaben und Leistungen seiner Mitarbeiter referierte. Nun aber, im Parc Mon Repos, ist er der Botaniker, der sich in seiner Begeisterung für das Grün kaum entscheiden kann, welche Pflanze als Nächstes gezeigt werden muss.

Genf, bekannt für lange Autokolonnen und schmale Trottoirs, ist auch die Stadt der Pärke. Der Anteil von Grünfläche mag klein sein - er ist nur in Basel noch kleiner -, aber was in Genf grün ist, ist ein öffentlich zugänglicher Park; ein Fünftel der Stadt ist von Parks überzogen. 55 dürfen diese Bezeichnung tragen. Wenn durch den Klimawandel der Sommer in den Städten künftig noch heisser wird (TA vom 24. 8.), ist Genf vorbereitet: Am 7. Juli, als hier ein Hitzerekord von 39,7 Grad gemessen wurde, verlagerte sich das Leben von der Stadt an den See und in die Pärke.

Herrschaftsgärten fürs Volk

Schon heute gedeihen hier exotische Pflanzen, wilde Palmen etwa, die Genf wie Nizza aussehen lassen. Im Sommer seien die Temperaturen hoch, im Winter gleiche der See die kalte Witterung etwas aus, erklärt Revilliod. Dort hinten, und er deutet auf ein Gewächs, stehe ein Feigenbaum, rechts davon ein Olivenbaum, hier ein Bananenbaum und da ein Indischer Flieder. Nirgends in der Schweiz habe es so viele Indische Flieder wie hier, nicht einmal im Tessin.

So führt er von Baum zu Baum durch die Pärke. Am rechten Seeufer reihen sich bis zum UNO-Areal sechs aneinander. Im Perle du Lac steht leicht erhöht ein herrschaftliches Anwesen, auf dem Rasen davor liegen junge Männer auf ihren Badetüchern - als hätten sie Haus und Land besetzt und die reichen Eigentümer vertreiben. Diese haben es der Stadt aber schon vor Jahren freiwillig überlassen. Die reichen Genfer Patrizierfamilien flüchteten früher vor der Sommerhitze hierhin auf ihren Landsitz. Hier pflanzten sie auch die Samen von Bäumen und Sträuchern, die sie von ihren Reisen mitbrachten, und weckten damit das Interesse der Genfer an der Botanik. So entstand hier eines der grössten Herbarien der Welt, und bereits im 18. Jahrhundert wurde eine Schule für Botanik gegründet. Demnächst sollen



Der Park Perle du Lac gehörte früher einer Patrizierfamilie, die ihn aber vor Jahren der Stadt überliess. Foto: Oliver Vogelsang (Disvoir)

Floristinnen und Floristen an einer Fachhochschule studieren können.

Die Erblasser stellten allerdings Bedingungen: Für den einen musste die Stadt 1879 ein opulentes Grabmal bauen, das sie zwei Millionen kostete, eines anderen Gebeine ruhen heute unverrückbar in einem Mausoleum zwischen zwei Eichen auf seinem früheren Stück Land.

Als die Genfer Finanzdirektorin Sandrine Salerno (SP) das Budget 2015 präsentierte, erwähnte sie in einem Nebensatz, dass die Stadt erneut Gärtner einstellen muss - weil sie wieder einen Park geschenkt bekam. Mittlerweile beschäftigt sie 240 Angestellte für den Unterhalt - Landschaftsarchitekten, Dendrologen, Holzfäller, Blumengärtner, Baumschulgärtner, Landschaftsgärtner. 35 Millionen Franken zahlt die Stadt jedes Jahr für die Grünflächen. Sie leistet sich die grosse Geste mit der Unbekümmertheit

einer verarmenden Adelsfamilie; sie hat Schulden von 1,5 Milliarden Franken angehäuft, die das Volumen des Haushalts von 1,1 Milliarden deutlich übersteigen. Der grüne Politiker David Hiler, früherer kantonaler Finanzdirektor, indessen meint: «Das ist keine grosse Sache.»

Die verlorene Seele der Pärke

Die Bevölkerung liebt ihre Pärke. Bleibt Abfall liegen oder wirkt der Rasen nach der Dürre gelb, bekommen Revilliods Mitarbeiter gleich einen Anruf. Die Stadt selber entwickelt diese Grünflächen mit grosser Ernsthaftigkeit. So will sie etwa den grossen, prestigeträchtigen Parks ihren Charakter zurückgeben, der über die Jahre durch den täglichen Unterhalt verwischt wurde. Dafür setzt sie Arbeitsgruppen ein - Historiker, Biologen, Botaniker, Landschaftsgärtner -, welche die Seele der Pärke ergründen sollen.

In Zürich hingegen scheinen Pärke mehr als Baulandreserven zu dienen. So wurden der Patumbah-Park oder die Forster-Wiese an den Rändern bebaut; das Landesmuseum darf mit breiter Zustimmung des Volks gar in den Platzspitz hineinbauen - in einen der schönsten Pärke der Stadt. In Genf versteht man das nicht. «Wir hätten uns solchen Plänen widersetzt», sagt Hiler.

Genferinnen und Genfer nutzen jede Gelegenheit, um ihre Stadt grüner zu machen. Als die Stadt in den 80er-Jahren Land geschenkt bekam und darauf ein Schulhaus bauen wollte, ergriffen sie das Referendum. Heute ist es ein Park. Wo immer möglich, wird Beton entfernt und durch Naturbelag ersetzt, Wände werden zu vertikalen Gärten umgestaltet, Dächer zu Farmen, und die neuen S-Bahn-Trassees bekommen einen Deckel, um Boden für noch mehr Grün zu schaffen.

Weshalb tun sie das, die Genfer? Wen immer man fragt, die Antwort ist stets dieselbe: wegen der Dichte. Genf ist der dichtestbesiedelte Ort der Schweiz; über 11 000 Personen leben hier auf einem Quadratkilometer, im zweitplatzierten Basel ist es die Hälfte. «In Genf zu wohnen, ist ermüdend», sagt David Hiler. Die Stadt sei eng gebaut, der Verkehrslärm laut und allgegenwärtig. «Und diese Hitze im Sommer - pénible!» Viele Leute lebten in kleinen Wohnungen ohne Balkon, sie brauchten einen Ort, wo sie entspannen könnten.

Radikal werden die Genfer, wenn Bäume gefällt werden sollen. Muss ein Stadtrat ein Projekt realisieren, das ein Baumopfer fordert, wird es schwierig. Die Baumlobby ist eine starke politische Kraft und hat schon manch grosse Pro-

Muss ein Stadtrat ein Projekt realisieren, das ein Baumopfer fordert, wird es schwierig.

jekte gefährdet oder zumindest lange blockiert. Zurzeit ist es die Sanierung des Platzes Plaine de Plainpalais, wo 168 zum Teil kranke Bäume gefällt und durch 188 neue ersetzt werden sollen. Als die Baumfreunde mit dem Referendum drohten, kam ihnen der zuständige Stadtrat entgegen: Die meisten Bäume sollten erhalten werden, die übrigen für viel Geld transplantiert. Die Abstimmung im Parlament wurde vertagt.

Luc-Eric Revilliod stoppt vor einer Spanischen Tanne - einer von 40 000 Bäumen in Genf, eine von 500 Arten. «Es sind zehnmal mehr, als im Schweizer Wald wachsen», sagt er stolz. Die Tanne hat ein Genfer Botaniker in Spanien entdeckt und hierher verpflanzt. Bäume bekam die UNO-Stadt auch von Staaten: eine Tanne von Rumänien, eine Zypresse von den USA. Manchmal erhält sie statt eines Baumes aber die Statue eines Nationalhelden, was Revilliod weniger gefällt und die Stadt in Verlegenheit bringt. Wohin damit? Einmal stellte man einen Helden diskret hinter eine Baumgruppe - was beim Botschafter denkbar schlecht ankam. Revilliod zieht einen Zweig der Spanischen Tanne herunter. Er sieht aus wie eine Plastikhaarbürste: wenige Nadeln, dafür dicke. Ein paar schwache einheimische Bäume seien während des heissen Sommers abgestorben, vielen importierten Exoten hingegen geht es prächtig; Genf war schon immer offen gegenüber Einwanderern.



Bilder Das Leben in den grünen Oasen von Genf

genf.tagesanzeiger.ch

Insieme-Prozess: 50 Essen, zwei Reisen und ein Besuch im Stripclub

Die Anklageschrift zum Insieme-Skandal enthüllt neue Details - enthält aber gemäss Insidern wohl nicht alle vermuteten Vergehen.

Christian Brönnimann
Bern

Nächste Woche findet am Bundesstrafgericht in Bellinzona der Strafprozess rund um das gescheiterte Informatikprojekt Insieme der Eidgenössischen Steuerverwaltung statt. Das 2012 abgebrochene Projekt kostete den Steuerzahler über 100 Millionen Franken. Angeklagt sind ein ehemaliger Informatikchef der Steuerverwaltung und zwei Manager aus der IT-Branche. Dem Beamten wirft die Bundesanwaltschaft passive Bestechung, Vorteilsannahme, ungetreue Amtsführung und Urkundenfälschung vor, den IT-Managern Bestechung und Vorteilsgefährdung.

Gestern hat das Gericht die Anklageschrift der Bundesanwaltschaft zugäng-

lich gemacht. Auf über 50 Seiten sind die mutmasslichen Verfehlungen des Trios in den Jahren 2008 bis 2012 nachgezeichnet. Demnach hat sich der ehemalige Beamte von den beiden Unternehmern gegen 50-mal zum Essen einladen lassen, teilweise in einfache Beizen, ab und zu aber auch in gehobene Restaurants am Neuenburger- oder am Bielersee.

Daneben soll der Beamte auf Kosten seiner befreundeten Geschäftspartner auch zwei Mal nach Deutschland gereist sein, wo jeweils eine Hotelübernachtung anfiel. Im Dezember 2010 ging es nach München an das Champions-League-Spiel zwischen Bayern und dem FC Basel, im November 2008 an eine Messe in Augsburg. Damals hat auch die teuerste Einladung stattgefunden. Für umgerechnet 266 Franken pro Person besuchte das Trio gemäss Anklageschrift den «Gastronomiebetrieb Fiorella». Die «Casino Nightclub Gastronomiebetriebe Fiorella GmbH» befindet sich an der Adresse eines Augsburger Stripclubs.

Der Wert aller Einladungen beträgt rund 5000 Franken. Im Gegenzug hat der Beamte als Leiter der «Leistungsbe-

züger-Organisation» der Steuerverwaltung den Firmen seiner Freunde, der BSR & Partner AG und der At-Point AG, zu mehreren Dutzend Vertragsabschlüssen für Dienstleistungen im Rahmen von Insieme verholfen. In zwei Fällen machen die Staatsanwälte überbeuerte Stundenansätze geltend. Dabei ist dem Bund gemäss Anklage ein Schaden von gut 116 000 Franken entstanden.

Beschaffungsrecht missachtet

Dem Ex-Beamten wird weiter vorgeworfen, in vielen Fällen vorsätzlich gegen das Beschaffungsrecht verstossen zu haben (ungetreue Amtsführung). Bereits 2012 stellte eine Untersuchung fest, dass bei Insieme das Beschaffungsrecht «schwerwiegend» und «über eine längere Zeit» missachtet wurde, indem Aufträge freihändig direkt an Firmen vergeben wurden, anstatt sie im Wettbewerb auszuschiessen. Um die Vorgänge zu verstecken, soll der angeklagte Beamte wiederholt Dokumente rückdatiert und Checklisten wahrheitswidrig ausgefüllt haben. So gab er etwa an, mehrere Anbieterfirmen zu einer Offerteingabe ein-

geladen zu haben, was aber nicht geschah. Einmal soll er sogar im Namen des damaligen Chefs einer weiteren IT-Firma ein Schreiben verfasst haben, in dem eine Offerteingabe abgelehnt wird. Der Firmenchef unterschrieb das Dokument, was dem Beamten half, das vermeintliche Offertverfahren zu belegen.

Die Untersuchungsakten füllen über 50 Ordner. Aus Gesprächen mit Insidern geht allerdings hervor, dass wohl längst nicht alle vermuteten Verfehlungen in die Anklageschrift eingeflossen sind. Die Bundesanwaltschaft habe nur aufgenommen, was hieb- und stichfest beweisbar sei, um eine Niederlage vor Gericht möglichst zu vermeiden, heisst es. Um die Richter vom Tatbestand der Bestechung zu überzeugen, muss ein direkter Zusammenhang zwischen Leistung und Gegenleistung bewiesen werden. Der angeklagte Beamte war bereits 2001 bei der Beschaffung von Bildschirmen unter Korruptionsverdacht geraten. Später machte unter anderem der in einem anonymen Schreiben geäusserte Vorwurf die Runde, der Beamte habe sich ein Motorboot schenken lassen.

Deutsche Justiz prüft Schweizer Spionage

Auch die deutsche Bundesanwaltschaft setzt sich nun mit der Agentenaffäre um den Schweizer Nachrichtendienst des Bundes (NDB) und die Steuerfahndung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen auseinander. Die Strafverfolger in Karlsruhe prüfen, ob ein Anfangsverdacht vorliegt. Am Dienstag haben sie einen Prüfvorgang eingeleitet. Infrage kommt eine Strafuntersuchung wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit, doch ob es dazu kommt, ist offen. Der NDB soll laut einem Bericht des Wirtschaftsmagazins «Bilanz» einen Agenten auf deutsche Steuerfahnder angesetzt haben, die Daten von Schweizer Banken aufkauften (TA von gestern). Gemäss Anwalt Valentin Landmann, der den informellen NDB-Mitarbeiter vertritt, ist der Privatermittler auf einen Agent Provocateur reingefallen, der für den deutschen Bundesnachrichtendienst tätig war. «Die Sache war von Anfang an darauf angelegt, meinen Mandanten hochgehen zu lassen», sagt der Zürcher Rechtsanwalt. «Jede Begegnung wurde gefilmt, jedes Gespräch aufgezeichnet.» (tok)